

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846-48 ppbn d

Inhalt

Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB, Bundestagsvizepräsident, wirft Kuba vor, die Menschenrechte mit Füßen zu treten.

Seite 1/2

Alfons Bayerl MdB / MdEP, kündigt eine Initiative der EG-Sozialisten für einen einheitlichen Datenschutz an.

Seite 3

Hajo Hoffmann MdB / MdEP, und die niederländischen PvdA-Parlamentarier Wim Albers und Annie Kruwel-Vlam durchleuchten Kohls Fernsehauftritt in den Niederlanden.

Seite 4

Karsten Voigt MdB, SPD-Außenpolitiker wirft der CDU/CSU Abkehr von gemeinsamen Grundpositionen vor.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

34. Jahrgang / 49

12. März 1979

Sogenannte "Gewissenshäftlinge"

Kuba tritt die Menschenrechte mit Füßen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Obgleich Kuba in Afrika und am Golf von Aden militärisch in einer Reihe von Ländern eingegriffen hat, so ist es erstaunlich, wie wenig Kritik an Kuba in der Öffentlichkeit geübt wird. Seine Rolle in Afrika, die Hintergründe und Auswirkungen bedürfen einer besonderen Betrachtung. Umso erstaunlicher ist es, daß Castros Kuba immer wieder Anziehungspunkt für viele auch aus der Bundesrepublik ist, zumal die Weltjugendfestspiele vom 28. Juli bis 5. August 1978 in Havanna stattfanden.

Die Blockade der OAS über Castro ist schon lange nicht mehr wirksam. Lediglich mit den USA konnten die Beziehungen noch nicht normalisiert werden, zumal in den letzten Monaten das Verhältnis zu Kuba zwei neuen Belastungsproben unterzogen wurde, nachdem ohnehin die Anwesenheit kubanischer Truppen in eine Reihe afrikanischer Staaten für jede friedliche Politik ein ständiger Ärger ist:

Da ist einmal die Flugzeuglieferung Moskaus an Kuba aus dem Herbst 1978. Mig-23-Jäger, die auch zum Tragen von

taktischen Nuklearwaffen ausgerüstet sind, haben die Amerikaner verstimmt, und erst Versicherungen, daß es sich dabei allein um Verteidigungswaffen handle, konnten die amerikanischen Befürchtungen ausräumen.

Da ist zum anderen die Festrede Castros zum 20. Jahrestag seines Sieges über Batista. Die USA, aber auch Peking sowie Kairo waren Gegenstand seiner rhetorischen Angriffe ganz im Sinne der Sowjetunion, die Kuba protegiert.

Zwischen diesen beiden Belastungsproben kam das Angebot der kubanischen Führung, einen Teil der politischen Häftlinge in Kuba zu begnadigen und sie aus dem Lande zu bringen. Daß dieser Vorstoß Castros als an die USA adressierter Beschwichtigungs- und Annäherungsversuch angesehen werden muß, ergibt sich aus dem Stellenwert der Menschenrechtsfragen in Carters Lateinamerika- und Kubapolitik.

Im Grunde hat Kuba damit zum ersten Male zugegeben, in welcher unerhörten Weise dort die Menschenrechte mit den Füßen getreten werden. Es ist sehr zu bedauern, daß gerade dieser Aspekt offensichtlich weniger Beachtung findet. Es wäre gut, wenn über Einzelschicksale hinaus, deren sich erfreulicherweise unter anderem auch Jean Paul Sartre angenommen hat, auch die große Zahl derer, die in Zuchthäusern und Zwangslagern leben, nicht vergessen werden. So manche scharfe Anklage wegen Verletzung der Menschenrechte ist vorgebracht worden; die Tatsache aber, daß die längsten Haftstrafen für sogenannte "Gewissenshäftlinge" in Kuba verhängt werden, ist nicht sehr bekannt. Die Repression der Diktaturen hat in Mittel- und Südamerika zu einer verstärkten Solidarisierung der Unterdrückten geführt. Im Hinblick auf Kuba, wo die Unterdrückten sich nicht regen können, führt das gelegentlich dazu, daß sie vergessen werden. Wer gegen die Verletzung der Menschenrechte ist und protestiert, darf Kuba nicht aus den Augen lassen.

(-/12.3.1979/ks/ca)

+ + +

Nach schwedischem Vorbild

Gemeinsam für einen europäischen Datenschutz

Von Dr. Alfons Bayerl MdB/MdEP

Die Schutzbedürftigkeit des Einzelnen vor Mißbrauch personenbezogener Daten im privatwirtschaftlichen Bereich ist anerkannt, auch im öffentlichen Bereich wird sie zunehmend deutlicher. Es zeigt sich aber immer wieder, wie wenig wirksam die Rechte des Einzelnen im Bereich der Datenverarbeitung und ihrer grenzüberschreitenden Dimension wirklich geschützt sind. Dies gilt auch für den Datenschutzanspruch von Personengruppen. Zahlreiche Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben noch kein oder ein nur unzureichendes Datenschutzrecht. Ein Schutzgefälle im Bereich der Datenverarbeitung aber kann sehr rasch zur Auslagerung von Daten und zum Datenprotektionismus führen. Eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die zur politischen Union zusammenwachsen soll, muß auch die Kommunikationsgemeinschaft herstellen.

Das Europäische Parlament unternimmt deshalb eine Initiative, die für die Rechtsetzung von Kommission und Rat Maßstäbe setzen soll. Ich werde als Berichterstatter des Europäischen Parlaments die Vereinheitlichung des Datenschutzrechtes auf höchstem Schutzniveau vorschlagen; Nationale Regelungen reichen wegen des grenzüberschreitenden Datenflusses nicht mehr aus; Der Datenschutz muß alle personenbezogenen Daten umfassen und im öffentlichen und im privaten Bereich gleich sein. Klare Grundregeln sind festzulegen, die den Datenschutz für alle Beteiligten voraussehbar und vorausberechenbar machen. Das europäische Datenschutzrecht soll sich an einem Anmelde- oder Genehmigungsverfahren orientieren, wie es die Mitgliedstaaten Frankreich und Dänemark nach schwedischem Vorbild bereits verwirklicht haben. Das Datenschutzrecht soll eine gemeinsame Regelung des Ersatzes für materiellen und immateriellen Schaden in Form einer verschuldensunabhängigen Haftung (Gefährdungs-Haftung) der Datenverarbeitung in der Europäischen Gemeinschaft vorsehen.

Die sozialistische Fraktion hält das gemeinsame Vorgehen aller Parlamente der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem Rat und den Mitgliedsregierungen für dringend geboten. Sie hat daher die Datenschutzexperten in den nationalen sozialdemokratischen und sozialistischen Fraktionen zu einer gemeinsamen Arbeitssitzung am 13. und 14. März 1979 nach Straßburg geladen, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Diese Form der Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten soll in einer späteren Sitzung auch auf das Vorhaben einer "EC-Charta der Bürgerrechte" Anwendung finden und als Modell für die Unterstützung des Europäischen Parlaments nach dessen Direktwahl durch die Parlamente der Mitgliedstaaten dienen.

Die an die Direktwahl des Europäischen Parlaments und die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft geknüpften Erwartungen und Hoffnungen können nur dann vor einer Enttäuschung bewahrt werden, wenn alle Parlamente den europäischen Parlamentarismus institutionell und in der Sache absichern. (-/12.3.1979/vo-he/ca)

+ + +

Kohl hat Qualifikationsanspruch nicht genügt

Mißtrauen und Vorbehalte der Niederländer haben historischen Boden

von

Wim Albers, niederländischer Abgeordneter der PvdA, MdEP
Annie Krouwel-Vlam, niederländische Abgeordnete der PvdA, MdEP
Hajo Hoffmann MdB, MdEP

Es ist eine fatale Dummheit, daß sich das Zweite Deutsche Fernsehen von CDU und CSU hat zwingen lassen, die Herausgabe der Namen von 140 Niederländern zu verlangen, die während der Diskussion im Haager Studio anwesend waren. Wenn schon dieser Akt heftig zurückzuweisen ist, weil er den Eindruck provoziert, hier soll eine "grenzüberschreitende Schnüffelei" begonnen werden, so ist die Verantwortungslosigkeit der CDU/CSU um so gravierender, da sie ihre medienpolitische Macht bedenkenlos ausnutzt.

Wenn eine TV-Diskussion solche Auswirkungen zeigt, so muß nach unserer Auffassung Inhalt und Verlauf dieser Sendung noch einmal beleuchtet werden:

1. Abgesehen von einigen polemischen Zwischenrufen und einer zeitweise ungeduldig-unduldsamen Fragestellung haben sich alle Fragen auf reale Probleme der Bundesrepublik Deutschland bezogen. Deshalb muß ein deutscher Politiker sich diesen Fragen ohne Affektiertheit stellen.
2. Selbst wenn einigen Fernsehteilnehmern der Fragenkatalog nicht ausgewogen genug erschienen sein mag: Angst, Mißtrauen und Vorbehalte niederländischer Bürger gegenüber Deutschland haben einen historischen Boden, der nicht geleugnet werden kann. Deshalb muß ein deutscher Politiker auf die Fragen nicht bewältigter nationalsozialistischer Hypothesen klare Antworten geben können und keinen historischen Unsinn von sich geben.
3. Als schwerer historischer Fehlgriff und als heute mißbrauchtes Klischee muß die Meinung Kohls gewertet werden, die Weimarer Republik sei an "extremistischen Beamten" zugrunde gegangen. Neben vielen anderen Schuldigen war es das politische Duckmäusertum und die endlose Anpassungsfähigkeit von Beamten des Staates, die fast ohne Gegenwehr die nationalsozialistische Vergewaltigung des Rechts praktiziert haben.
4. Dieser Punkt hat heute seine Bedeutung, weil durch die in den europäischen Staaten unter dem Stichwort "Berufsverbote" bekanntgewordene Praxis viele Beamte und Angestellte zu Duckmäusern - nicht zu kritischen Demokraten erzogen werden.
5. Besonders beunruhigend am Verhalten Kohls in der Fernsehdiskussion muß es wirken, wenn der CDU-Chef auf eine in den Niederlanden nicht außergewöhnlich heftige Diskussion so hektisch und unüberlegt reagiert, da Kohl doch den Anspruch auf das höchste deutsche Regierungsamt und damit auf eine wichtige Funktion innerhalb der europäischen Gemeinschaft erhebt. Wie hektisch und unüberlegt wären dann erst seine Handlungen, wenn er dieses Amt und damit die Belastungen und Entscheidungszwänge tragen müßte! Man kann nur hoffen, daß Kohl vor dieser Belastung verschont wird.
6. Die Fernsehdiskussion war weder ein nationales noch ein europäisches Unglück. Sie hat nicht eine antideutsche Polemik demonstriert, sondern die Beunruhigung von Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland über die Art der Behandlung demokratischer Grundprobleme. Nicht die Frager, nicht die Zuhörer, nicht die Journalisten haben versagt. Es war das Versagen eines Politikers, der dem an ihn zu stellenden Qualifikationsanspruch nicht genügt und damit erst recht nicht weiteren Anforderungen.

(-/12.3.1979/hl/ca)

+

+

+

Absage an grundlegende Gemeinsamkeiten

Die Opposition dramatisiert die sicherheitspolitische Situation

Von Karsten Voigt MdB

**Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im
Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages**

Es ist bedauerlich, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ihren Entschließungsantrag am vergangenen Freitag erst so spät im Bundestag vorgelegt hat, daß er nicht mehr in die Debatte zur Friedenssicherheits- und Abrüstungspolitik einbezogen werden konnte. Dieser Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein Dokument der Kapitulation gegenüber der CSU und den Scharfmachern in der CDU. Mit dieser Entschließung legt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine Politik mit der Reglerung der Vereinigten Staaten, auf eine Politik übereilten Abrüstungsstrebens, auf eine Politik zusätzlicher Konflikte mit der Sowjetunion fest. Wer diese Richtlinien der CDU/CSU formuliert hat, der nimmt ein Scheitern der SALT II-Verhandlungen und der Wiener MBFR-Gespräche in Kauf oder will durch ein Scheitern dieser Verhandlungen die Ära der Entspannungspolitik dem Ende zuführen.

Mit dieser Entschließung legt sich die CDU/CSU auf die Forderung auf Mitsprache bei der amerikanischen Atomar-Strategie fest. Diese Entschließung ist eine Absage an grundlegende Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern von SPD und FDP und der CDU/CSU-Opposition. Wenn diese Entschließung kein einmaliger Ausrutscher der Opposition gewesen sein sollte, wäre damit eine längerfristige Konfrontation zwischen Koalition und Opposition in grundlegenden Fragen der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik vorprogrammiert.

Warum diese scharfe Kritik:

1. Die CDU/CSU fordert in ihrer Entschließung die umgehende Entscheidung über Produktion und Stationierung der Pershing II-Raketen, cruissed missele-Raketen und Neutronenwaffen und verlangt damit voreiligen Zeitdruck bei Aufrüstungsentsch-

dungen, wo wohlüberlegte Einzelentscheidungen und Versuche der Rüstungskontrolle Zeit brauchen. Wie voreilig die CDU/CSU dramatisiert, wo ein kritisches Abwägen bereits aufgrund militärischer Überlegungen erforderlich wäre, zeigt sich gerade auch im Bezug auf die vieldiskutierte Neutronenwaffe. Von der CDU/CSU wird die Neutronenwaffe als einzig wirksames Mittel gegen die Panzerüberlegenheit des Warschauer Paktes gepriesen. Das US-Verteidigungsministerium aber hat in diesen Tagen erhöhte Forschungsmittel in Höhe von 66 Millionen US-Dollar für das nächste Jahr verlangt, um konventionelle Flächenwaffen (sogenannten Cluster-Bomben) zum möglichen Einsatz gegen Panzer weiterzuentwickeln. Wo eine Kombination verschiedener konventioneller Waffen - wie Cluster Bomben und Präzisionsabwehrwaffen - eine gleiche Wirkung haben könnten, erschallt bei der CDU/CSU der voreilige Ruf nach Einführung neuer und zusätzlicher Atomwaffen.

2. Die CDU/CSU setzt sich von der bisherigen westlichen Verhandlungsführung bei den MBFR-Gesprächen ab, wenn sie "Verhandlungen" ohne weitere westliche Vorleistungen verlangt, statt die bisher erreichten Fortschritte aufgrund beiderseitiger Kompromißbereitschaft zu begrüßen.
3. Die CDU/CSU erhebt Forderungen gegenüber dem SALT II-Abkommen, öffentlich einen Anspruch der Mitsprache der Bundesrepublik bei Entscheidungen über die amerikanische Strategie unterstreichen.
4. Die CDU/CSU dramatisiert die sicherheitspolitische Situation und schürt Bedrohungsängste vor der Sowjetunion, wenn sie von einer "wachsenden Risikobereitschaft zu weltweiten direkten und indirekten Interventionen" der UdSSR und ihren angeblichen Streben nach "militärischer Überlegenheit und deren Umsetzung in politischen Einfluß" spricht.

(-/12.3.1979/h1/ben)